

MELDUNGEN

Bouffier will mehr Zeit für Abstimmung

Wiesbaden. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) will die Bundesratsabstimmung über weitere sichere Herkunftsländer verschieben. Hessen stelle einen Antrag, das Gesetz am Freitag von der Tagesordnung der Länderkammer zu nehmen, sagte Regierungssprecher Michael Bußer gestern. Hintergrund des Antrags sei, dass Bouffier noch Gespräche führen wolle, um eine Einigung herbeizuführen. Die Bundesregierung will Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien zu sogenannten sicheren Herkunftsländern erklären.

Trickbetrügerinnen bestehlen Seniorin

Frankfurt. Trickbetrügerinnen haben einer älteren Frau in Frankfurt wertvollen Schmuck im Wert von mehreren Tausend Euro gestohlen. Den Modeschmuck hätten die Täter zurückgelassen, teilte die Polizei gestern mit. Bereits Anfang Februar hatten die zwei bislang unbekannt Frauen bei ihr geklingelt und ein Paket hinterlassen, das angeblich für den Nachbarn bestimmt war. Unter einem Vorwand, sich etwas notieren zu wollen, gelangten sie in die Wohnung im Frankfurter Nordend.

Frau fährt mit über 3,6 Promille Auto

Pfungstadt. Eine Autofahrerin mit über 3,6 Promille Alkohol im Blut ist in Pfungstadt von der Polizei gestoppt worden. Die 50-Jährige sei kurz zuvor gegen einen geparkten Wagen gefahren, teilte die Polizei in Darmstadt gestern mit. Sie fuhr am Montagabend weiter, ohne sich um den Schaden zu kümmern. Zeugen alarmierten jedoch die Polizei, ihren Führerschein musste die Frau abgeben.

Fulda ist erste „Sternenstadt“

Fulda. Fulda will als erste „Sternenstadt“ Deutschlands im Kampf gegen Lichtverschmutzung eine Vorreiterrolle einnehmen. Die ostthessische Stadt wurde kürzlich von der International Dark Sky Association in den USA als erste Dark-Sky-Kommune Deutschlands ausgezeichnet, wie die Stadt gestern berichtete. Lichtverschmutzung bezeichnet die Aufhellung des Nachthimmels durch künstliche Lichtquellen, deren Licht in die Atmosphäre strahlt.

14-Jährige von Bus angefahren

Wanfried. Bei einem Busunfall hat ein 14-jähriges Mädchen aus Nordhessen eine Gehirnerschütterung erlitten. Das teilte die Polizei Werra-Meißner gestern mit. Das Mädchen sei am Montagabend an einer Bushaltestelle in Altenburschla von dem Bus angefahren worden. Angaben zufolge lief die 14-Jährige von rechts gegen die vordere Seitenscheibe des Busses. Das Mädchen zog sich eine Kopfverletzung zu und wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Autofahrer stirbt bei Verkehrsunfall

Dieburg. Ein 51-jähriger Mann aus Südhessen ist bei einem Verkehrsunfall gestorben. Der Unfall habe sich gestern auf einer Bundesstraße in der Nähe von Dieburg ereignet, teilte die Polizei mit. Der Mann hatte Angaben zufolge die Kontrolle über das Auto verloren und war rechts von der Fahrbahn in einen Graben gefahren. Zeugen hatten laut Polizei beobachtet, wie der Autofahrer vor dem Unfall langsamer fuhr.

„Erster Gedanke war: Halt dich fest!“

Todessturz einer 12-Jährigen am Hoherodskopf: Angeklagte sagen zum Prozessauftritt umfassend aus

Aufgrund der Erkrankung zweier Richter begann der Prozess um den Tod der 12-jährigen Sina Erb mit einer Woche Verspätung. Der erste Verhandlungstag gestern wurde ein emotionaler.

Fortsetzung von Seite 1
von Michael Agricola

Gießen. Es ist selten, dass ein Gericht sich den Grund für den Prozess direkt auf Video anschauen kann. Im Fall von Sina Erb, die Ende August 2015 von einem sogenannten „Free Fall Tower“ in den Tod stürzte, ist das so. Die Mutter von Sinas Freundin filmte auf Wunsch der Kinder den Absprung von der Freizeiteinrichtung am Hoherodskopf im Vogelsberg. Und sie nahm so auch ungewollt den Sturz auf, der den Prozessbeteiligten gestern im Gericht vorgespielt wurde. Das ließ niemanden im Saal unberührt. Sinas Vater Jürgen Erb, der in dem Prozess als Nebenkläger auftritt, wollte nicht hinsehen – er hielt sich bei gesenktem Kopf zusätzlich die Ohren zu, damit er die Geräusche und Rufe aus dem Handyvideo nicht hören konnte. Seine Familie im Zuhörerraum kämpfte mit den Tränen.

Zuvor war Sinas Mutter Beatrix Erb als Zeugin gehört worden. Sie glaube, ihr Kopf wolle sie schützen: Sie könne sich an vieles nicht mehr genau erinnern. „Aber den Schlag beim Aufprall werde ich mein Leben lang nicht vergessen.“ Auch die Mutter von Sinas Freundin



Die beiden angeklagten Kletterpark-Geschäftsführer (gepixelt) mit ihren Anwälten Frank Richtberg (2. von links) und Henner Maaß.
Foto: Michael Agricola

sah, dass die Zwölfjährige im Sprung offenbar aus Panik zum Geländer griff und seitlich abstürzte. „Mein erster Gedanke war: Halt dich fest! Dann kann dich vielleicht jemand wieder hochziehen.“ Doch das ging nicht, sie stürzte seitlich ab, so die Zeugin weiter. Das junge Mädchen kam ohne Bewusstsein in die Klinik und starb einen Monat später an den Kopfverletzungen, ohne noch einmal erwacht zu sein. „Wäre der Turm in meinem Land gewesen“, sagt die gebürtige Ecuadorianerin Beatrix Erb, „hätte ich Bedenken gehabt, Sina von dem Turm springen zu lassen. Aber in Deutschland nicht.“

Es für ausgeschlossen halten, dass bei diesem Ferienspaß et-

was passieren könnte – das eint die Mutter mit den beiden Angeklagten. „Für uns war es unvorstellbar, dass jemand außerhalb des Sprungkissens landen könnte“, sagt einer der Geschäftsführer der Kletterparkfirma vor Gericht. „Sonst hätten wir eine solche Veranstaltung nie gemacht.“ Das Vertrauen war so groß, dass sie selbst, aber auch Familienmitglieder und das Kind des 44-Jährigen dort gesprungen seien. „Wir würden gern alles tun, um es rückgängig zu machen. Aber das ist leider nicht möglich.“

Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, durch Fahrlässigkeit den Tod der damals 12-jährigen verursacht zu haben – weil sie die Aufbauanweisung im

Hinblick auf den freizuhaltenden Sicherheitsbereich missachtet und bei der Absprungplattform ihrer Verkehrssicherungspflicht nicht nachgekommen seien, so die Anklage. Ein damals vor Ort als Einweiser tätiger Mitarbeiter war zunächst ebenfalls als Beschuldigter geführt worden. Das Gericht sah aber keinen hinreichenden Tatverdacht. Der Mann wurde gestern als Zeuge gehört.

Die Verantwortung für das Unglück sehen die Angeklagten weniger bei sich als bei den Partnern, von denen sie das Sprungkissen gemietet hatten. Aus Kostengründen bestellten sie nicht eine fahrbare Hubscherenbühne dazu, sondern ließen von einem befreundeten Gerüstbauer

einen Turm mit zwei Absprungpunkten in sechs und neun Metern Höhe errichten. Der TÜV testete das Kissen allerdings in Kombination mit einer Hebebühne als Absprungvorrichtung. Der Gerüstbauer fragte wiederum nach, ob er die Absprungplattformen auch kürzer ausführen könnte – und tat dies offenbar nach Rücksprache mit dem Sprungkissenvermieter aus Bayern auch. Warum, muss der weitere Prozess zeigen, wo auch diese Zeugen noch gehört werden sollen. Gegen den Kissenvermieter und den von dort beauftragten Bauleiter des Kissens-Herstellers wird inzwischen auch ermittelt, wie am Rande des Prozesses bekannt wurde.

Die Angeklagten betonten, dass sie selbst sich auf die Erfahrung der Partner-Firma verlassen hätten, die unter anderem auf „5000 Sprünge und keinen einzigen Versicherungsfall“ verwiesen hätten. Der Mietvertrag sah vor, dass im Umkreis von fünf Metern um das Kissen keine Hindernisse stehen dürften. Rückfragen der Angeklagten wurden nach deren Worten damit beruhigt, dass die Fachleute des Aufbau-Teams dies vor Ort prüfen würden. Beim Aufbau des Kissens an dem schon stehenden Gerüsturm seien von dem Bauleiter der Vermieterfirma dann weder die Felsen noch andere Hindernisse moniert worden. Auch den Turm habe er nicht geprüft. Der Mietvertrag stellt allerdings den Vermieter des Kissens von Haftungsfragen frei und erlegt dem Mieter die Pflicht auf, für alle notwendigen Genehmigungen und die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften zu sorgen.

Mehmet und Katarzyna in Uniform

Anteil der Polizisten mit Migrationshintergrund bei 21 Prozent

Frankfurt. Ein Polizist namens Mehmet oder eine Beamtin mit dem Vornamen Katarzyna – mit Beamten mit Migrationshintergrund wird auch die Polizei stärker zu einem Spiegelbild der Gesamtgesellschaft. Auch wenn Polizisten aus Einwandererfamilien in den meisten Bundesländern im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung noch unterrepräsentiert sind, ist ihre Zahl in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, wie Jennifer Pross vom „Medien-dienst Integration“ gestern bei der Vorstellung einer Studie zur Vielfalt bei der Polizei in Frank-

furt sagte. Der Anteil von Polizisten aus Einwandererfamilien steigt danach vor allem dort, wo junge Leute mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen werden. In Baden-Württemberg etwa wurde 2018 eine neue Website zur Nachwuchswerbung der Polizei gestartet, die Menschen aus Einwandererfamilien gezielt anspricht. Im selben Jahr hatten 27 Prozent der neu eingestellten Polizisten einen Migrationshintergrund – zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Bei der hessischen Polizei werde schon seit mehr als zehn Jahren bei der Nachwuchswerbung

ein Schwerpunkt auf Menschen mit Migrationshintergrund gesetzt, sagte Eva Hertel, Leiterin der Abteilung Nachwuchssicherung bei der Polizeiakademie Hessen. In Hessen stieg der Anteil von neu eingestellten Polizisten mit Migrationshintergrund innerhalb von sechs Jahren von etwa 12 auf mehr als 21 Prozent. „Das entspricht auch dem Anteil der Abiturienten mit Migrationshintergrund“, sagte Hertel. Es werde aber noch dauern, bis die Vielfalt bei der Gesamtpolizei ein ähnlich hohes Niveau wie bei den Berufsanfängern erreiche. (dpa)

Mehr gemeinsame Wohnprojekte

Land will Beratungsstelle schaffen

Frankfurt. Auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum tun sich vermehrt hessenweit Menschen zu gemeinsamen Projekten zusammen. Das Land will die Unterstützung für gemeinschaftliche Wohnprojekte ausbauen. Derzeit werde die Gründung einer Landesberatungsstelle vorbereitet, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Zudem sei ein Förderprogramm zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen geplant. In Hessen werden bis 2040 mehr

als 500000 neue Wohnungen benötigt.

Gemeinsame Wohnformen könnten aus Sicht des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft zwar für Einzelne ein Weg sein. Sie seien jedoch keine Lösung, genügend Raum für breite Bevölkerungsschichten bereitzustellen. Nötig seien umfassende Ansätze, sagte Verbandsvorstand Axel Tausendpfund. Er sprach sich aus für „eine massive Erhöhung des Wohnungsangebotes“. (dpa)

Mit dem Volocopter am Flughafenstau vorbei

Autonom fliegende Flugtaxis sind keine Zukunftsvision mehr · Experte rechnet mit Start im Jahr 2025



Die Computer-Darstellung zeigt ein Flugtaxi „Volocopter“ am Frankfurter Flughafen.
Foto: Andreas Meinhardt/Fraport/dpa

Manchmal dauert die An- oder Abreise zum Frankfurter Flughafen länger als der eigentliche Flug.

Frankfurt. Trotz der extrem verkehrsgünstigen Lage am Kreuz zweier wichtiger Autobahnen und einer ICE-Trasse werden Besucher gelegentlich vom Stau ausgebremst, ihre Termine platzen im Rhein-Main-Verkehrschaos. Möglicherweise öffnet das den Markt für elektrisch betriebene Flugtaxis, die besonders eilige Passagiere durch die Luft zu ihrem Ziel bringen könnten. Weltweit versuchen zahlreiche Firmen, die neue Technologie gewinnbringend in die Luft zu bekommen.

Der Flughafenbetreiber Fraport prüft nun gemeinsam mit der Daimler-Beteiligung Volocopter, wie die drohnenähnlichen Flugobjekte in den

Betrieb des größten deutschen Flughafens integriert werden könnten, der im vergangenen Jahr deutlich über eine halbe Million Flugbewegungen der herkömmlichen Jets bewältigen musste. Im Vordergrund stehe die reibungslose Abfertigung der Fluggäste sowie die effiziente Anbindung an die bestehende Verkehrsinfrastruktur.

Allgemein sind die Aussichten des neuen Verkehrsträgers einer Studie der Beratungsgesellschaft Horváth zufolge glänzend. „Schon 2025 werden Flugtaxis in großen Städten auf ersten, festgelegten Routen Passagiere transportieren“, prognostiziert Studienleiter Daniel Guffarth.

Naheliegender Markt voller zahlungskräftiger Kunden sind Millionenstädte, zunächst in Asien, aber auch in den USA oder Europa. „Sobald die ersten Pilotprojekte erfolgreich sind,

wird sich auch in Deutschland die Politik für Versuchsstrecken und Betriebsrouten öffnen und die erlassenen Restriktionen, die vor allem auf Hobby-Drohnen gemünzt sind, anpassen“, glaubt Guffarth.

Perspektivisch sollen die neuen Fluggeräte autonom – also ohne Pilot – fliegen, lautet das öffentlich erklärte Ziel von Volocopter, Airbus und Co. Über Dubai war der zweiseitige Senkrechstart „2X“ bereits im September 2017 acht Minuten lang voll autonom unterwegs. Das bringt neben dem möglichen Misstrauen der Passagiere drängende rechtliche Fragen mit sich. „Das Vehikel an sich ist kein Hexenwerk“, erklärte DLR-Vorstandsmitglied Rolf Henke vor einigen Monaten. „Es ist das gleiche Thema wie beim autonomen Auto: Die Technik ist da, aber wer trägt eigentlich die Verantwortung?“ (dpa)